

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis v. 15.—21. November: 140 Millarden frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr . . . zugl. Postbestellgeld. Einzelnummern 22500 000 000 M. Girokonto 50 b. d. Oberamtsparlasse Reuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Enzta Bank Komm.-Ges. Hübeler u. Co. Wildbad. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum i. Bez. Grandpr. 126.—, halber 15 einchl. Anz.-Steuer. Reklamezeile 30 J. Schlüsselz. 600 Millarden Rabatt nach Tarif. Für Dpfer. u. d. Anstufertellung werden jew. 1 Milliarde mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konfursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachschickung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 270

Bezug 170

Wildbad, Montag, den 19. November 1923

Bezug 170

58. Jahrgang

Ist der Rhein noch deutsch?

Selbstverständlich ja. Glaube, wer's glauben mag. Wir nicht.

Dann — darauf kommt es doch einzig und allein an — hat unsere Regierung in den Rheinlanden und im Ruhrgebiet noch etwas zu sagen? „Ja“ oder „nein“?

Als am 26. September der „passive Widerstand“ eingestellt wurde und wir über die Wiederherstellung des Zustands vor dem 11. Januar mit Poincaré verhandeln wollten, hat man uns höhnisch-ironisch erwidert: Paris werde unmittelbar mit den Besatzern und den Ruhrbehörden verkehren, nicht mit Berlin. Die Reichsregierung könne, wenn sie wolle, den deutschen Behörden für diese Verhandlungen Weisungen erteilen. Für Paris aber seien sie völlig unverbindlicher Art.

Wir stellen dann unsere Bedingungen, als da sind: Freigabe der Eingekerkerten, Wiederaufnahme der Ausgewiesenen, Freiheit für Arbeit und Verwaltung, Aufhebung des Prekzwangs, Zurückziehung der Besatzungstruppen u. a. m. Poincaré lachte uns lächelnd aus. Die Unterwerfung sei „bedingungslos“. Also könne er sich auf Forderungen der deutschen Regierung nicht einlassen.

Wir waren also richtig „ausgeschmiedet“ worden. Und nicht nur das. Man hat unserer Regierung in aller Form und Deutlichkeit den Stuhl vor die Tür gestellt.

Aber es kam noch besser! Die Zechen- oder richtiger Händlertfirma Otto Wolff schloß, ohne irgend eine Führungsnahme mit Berlin, einen Kohlenablieferungsvertrag unmittelbar mit der französischen Regierung ab. Die andern Zechen waren, wenn sie nicht ins Hintertreffen geraten wollten, ebenfalls genötigt, mit Frankreich zu verhandeln. Allerdings holten sie sich zuvor das Berliner Einverständnis ein. So Krupp, Sinnes u. a.

Aber auch dabei blieb es nicht. Die Franzosen forderten und erhielten denn auch die restlose Auslieferung der Eisenbahn. So war also die deutsche Verkehrsbehörde im Ruhrgebiet verloren. Ihr folgte die Finanzbehörde. Denn Louis Hagen errichtete eine rheinische Goldnotenbank, die von der Reichsbank losgelöst ist. Damit wird die Mark (der Dollar notierte ohnedies schon am Dienstag 2 Billionen Mark) bald am Rhein verschwinden, und die Rheinländer und die Ruhrleute haben, wie seit Jahr und Tag die Saarbewohner, auch den französischen Franken.

Und nun gar die Düsseldorfer Verhandlungen. Auch da ist Berlin völlig ausgeschaltet. Die Franzosen legen es darauf an, daß die Verhandlungen zum Scheitern kommen. Sie verlangen von den Vertretern des Ruhrgebiets nicht weniger als 18 Prozent der Gesamtförderung des Jahres 1922, und in diese 18 Prozent sollen die Entschädigungslieferungen an Italien nicht eingeschlossen sein, so daß sich hieraus eine weitere unbezahlte Lieferungsverpflichtung für die Zechen ergeben würde. Und nicht nur das! Sie verlangen, daß diese Lieferungen nicht auf das Entschädigungskonto angerechnet werden. Warum? Weil auf diesem Weg Deutschland für die Unterlassung der Lieferungen seit 11. Januar strafbar und haftbar gemacht wird.

Darauf konnten sich die Unternehmer nicht einlassen. Das Reich zahlt nicht, Frankreich zahlt nicht. Wir sollen sie diese 18 Prozent finanzieren? Somit Schließung der Zechen! Aber die Millionen, die durch die französische Gewaltpolitik arbeitslos gemacht werden, die soll das Reich verhalten. Also der Zustand: das Reich hat zwar im besetzten Gebiet nichts mehr zu sagen und zu suchen, aber es hat dessen öffentliche Lasten zu tragen. Und dieser Unsinn wird Vertrag, Selbstbestimmungsrecht, „produktives Pfand“, Sanktion oder wie immer genannt und von den übrigen Verbündeten geduldet. Kann und muß das sein? Man liest: „Die Reichsregierung sieht sich gezwungen, den besetzten Gebieten mitzuteilen, daß ihre Kräfte erschöpft sind. . . Sie weiß, welche schweren seelischen Wirkungen diese Mitteilung hervorruft, aber sie hat auch das feste Vertrauen, daß die Bevölkerung nicht einen Augenblick länger darüber im Zweifel ist, wo die wahre Schuld liegt. Die Hoffnung auf eine Vereinbarung mit Frankreich hat betrogen.“

Ja, betrogen, wie schon so oft. Das Trauerspiel an der Ruhr ist der letzte Stein, der aus dem Gefüge der Erfüllungspolitik ausgebrochen wird. Ob's auch wirklich der letzte ist? Und dann noch etwas! Das Rheinland ist, wenn auch nicht dem Namen nach, so doch dem Tatbestand nach, außerhalb des deutschen Staatsverbandes hinweggerollt in die Hand des französischen. Es kommt aber ein Tag, will's Gott nicht in allzuferner Zukunft:

Sener Morgen von Gott gesandt,
Der bei klingendem Schwerterstreich
Im zerstückelten Vaterland,
Neu aufrichtet das Deutsche Reich (Weißel)
W. H.

Tagespiegel

Am Samstag fanden erneut Besprechungen der Reichsregierung mit Vertretern der besetzten Gebiete über wirtschaftliche und soziale Fragen, Fortsetzung der Erwerbslosenunterstützung usw. statt.

Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth hat einen schweren Herzanfall erlitten. Er wurde mit den Sterbsakramenten versehen.

Das neuwählende englische Parlament wird am 8. Januar einberufen und vereidigt.

Die griechische Regierung hat beschlossen, die Hinrichtung der wegen der letzten Revolutionsbewegung zum Tod verurteilten Offiziere aufzuzchieben.

Italien zu dem Münchener Putsch

Materiell-moralische Erschöpfung Deutschlands?

Es ist interessant, zu hören, was das Land des Faschismus zu dem Staatsstreichversuch in München zu sagen hat. Die „Abn. Zig.“ erhält von ihrem römischen Mitarbeiter folgenden Bericht:

Die Nachricht von dem Scheitern des Münchener Putsches hat in Rom vollkommen überrascht, und das Publikum schüttelt vor Staunen den Kopf. Man hatte mit 90 v. H. Wahrscheinlichkeit mit dem Gelingen des Marsches auf Berlin gerechnet. Das Ministerium Sirelemanni galt nach seiner zweiten Krise als äußerst schwach, die innerpolitische Bewegung ging in Deutschland unverkennbar mit aller Entschiedenheit nach rechts, die Sozialdemokratie war innerlich zusammengebrochen, die Arbeiterchaft gleichgültig geworden, und die kommunistischen Hundstößen hatten sich als einen Bluff erwiesen, wie die mühselige Eroberung von Sachsen und Thüringen gezeigt hatte. Die Niederwerfung des sächsischen und thüringischen Kommunismus schien den Hitlerleuten geradezu den Weg nach Berlin geöffnet zu haben. Die bayerische Reichswehr hatte sich schon von dem Kommando Seedeits losgesagt, und man nahm an, daß die gesamte bewaffnete Macht der Republik zu der „nationalen Bewegung“ übergehen oder sich doch wenigstens neutral halten würde, da kein deutscher Offizier oder Soldat sich Ludendorff widerlegen werde. Auch in internationaler Hinsicht schienen dem Marsch auf Berlin keine Schwierigkeiten entgegenzustehen. Den Angelsachsen war es allmählich gleichgültig geworden, welche Richtung in Deutschland herrschte, wenn sie nur Recht und Ordnung in Deutschland herstellte, und man nahm an, daß sie selbst die Militärdiktatur Ludendorffs schluden würden, der ja der einzige Mann in Deutschland ist, vor dem die in unerträglicher Weise übermächtig gewordenen Franzosen noch einen heilsamen Respekt besitzen.

In Italien hatte die Hitler-Bewegung bei den rechtsstehenden Kreisen immer mehr an Sympathien gewonnen. Eine militärische Verstärkung Deutschlands lag ja im nationalen Interesse Italiens, denn es gehört nicht viel Einsicht dazu, um zu erkennen, daß Frankreich, wenn es am Rhein frei würde, mit ganzer Macht im Mittelmeer auf Italien drücken würde. Als die Nachricht von dem Staatsstreich nach Rom gelangt war, erschien in französischfreundlichen der Regierung nahestehenden „Messaggero“ ein Artikel, daß es sich bei der Hitler-Bewegung um eine nationale Bewegung handle, in die, da sie eine innere Angelegenheit Deutschlands betreffe, solange die Verträge geachtet würden, sich niemand einzumischen habe. Eine Auslösung der halbamtlichen Volta-Agentur vertrat dann denselben Standpunkt. Am Abend veröffentlichte dann der Leibjournalist Mussolinis, der unter dem Namen Rastignac schreibende Senator Morello, in der „Tribuna“ einen heftigen Artikel gegen die Politik Poincarés: „Poincaré“, so schrieb der faschistische Senator, „ist ein reiner Henker: er besteht um so mehr auf seiner Aktion, je mehr er hofft, daß sie außer den Ruin auch den Tod des Schuldners herbeiführen kann. Aber wird sich dann Frankreich retten können, wenn Deutschland vernichtet und Europa ruiniert ist? . . . In Europa toben zwei Kämpfe, der offene und heftige zwischen Deutschland, und der verborgene, der aber morgen weit gefährlicher werden kann, zwischen England und Frankreich. Es ist klar, daß England sich heute der Zerstörung Deutschlands widersetzen muß. Deutschland braucht nur die Gelegenheit beherzt am Schopf fassen, um wieder zu einer bewaffneten Macht zu gelangen, ohne die es, wie Mussolini dies offen ausgesprochen hat, eine völlige Ohnmacht ist. Statt dessen traf die Nachricht von dem völligen Zusammenbruch der Bewegung ein. Als ich einem mir bekannten sehr ruhig denkenden Journalisten die Gründe zu erklären suchte, brach er meine Darlegung mit dem Worte: Fiacchezza (Schlappheit) ab. Der faschistische „Corriere Italiano“ schrieb den inneren Grund der „materiell-moralischen Erschöpfung“ Deutschlands zu und die übrige Presse

erging sich in mehr oder weniger geistreichen Wippen über den „Komödien-Diktator“ Ruhr und seine klägliche Haltung. Manche argwöhnen sogar, daß aus Rücksicht auf das Ausland zwischen Berlin und München ein abgetarntes Spiel gespielt worden sei.

Das Unwahrscheinliche wird Wahrheit“, so schreibt der „Resto del Carlino“, „und das Ernste mischt sich mit dem Lächerlichen: Deutschland ist also so erschöpft, daß es nicht einmal 24 Stunden mehr seinem berühmtesten Heerführer in einem kühnen Unternehmen folgen kann? So scheint es. Das Publikum der ganzen Welt ist erstaunt, und weiß nicht mehr was es denken und was es fürchten soll, und es wohnt einem Spiele bei, in dem so grundlegend der Wert der Figuren und der Karten verändert ist.“

Das Ende der Mark

Was die Spekulation „verdient“ hat

Der Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsdienst gibt folgende treffende Kennzeichnung der Lage:

Zurzeit haben wir in Deutschland nicht weniger als fünf verschiedene Währungsformen: das noch immer gesetzliche Zahlungsmittel der Mark, die trotz aller Verbote immer mehr in Umlauf kommende Zahlung in Devisen, die Goldanleihe, die Dollarschahamweisungen und schließlich noch die Rentenmark. Die Art der Geldbeschaffung ist und bleibt ziemlich einfach. Wenn die umlaufenden Zahlungsmittel für den Bedarf nicht mehr genügen, druckt man eine neue Sorte — wenn möglich wertbeständig — unter Erfindung eines schönen Namens. An diese Methode hat man sich allmählich gewöhnt, ihre Fortsetzung gerade in der letzten Zeit hat aber die besonders schlimme Tatsache erzeugt, daß es durch sie unmöglich gemacht wurde, die verschiedenen Arten der Währung in ein festes Wertverhältnis zueinander zu bringen. Der Anstoß zu einem solchen Versuch wurde zwar trotz aller Warnungen von Sachverständigen unternommen in Gestalt einer dritten „Markfrüfung“. Er mußte aber trotz des Verbots des Freiverkehrs von Devisen und Dollarschahamweisungen mißlingen, weil wegen der berühmten „technischen Schwierigkeiten“ (in Wirklichkeit Unfähigkeit der Bureaufkratie) nicht schnell genug Zahlungsmittel (z. B. Goldanleihe) in den Verkehr gebracht wurden, obwohl die Neueinführung wiederholt mit aller Bestimmtheit angekündigt wurde. Da auf diese Weise notwendig gewordenen Fortführung der Markfrüfung mußte den Markfrüfungplan zerbrechen. Dazu kam noch die geradezu ungläubliche Bestimmung der Reichsbank, nach der die Goldanleihe nicht bei Erteilung des Kaufvertrags gezahlt zu werden braucht, sondern erst am Tage der Lieferung zum Kurs des Kaufvertrags. Die „Spekulation“, zu der in diesem Fall auch die führenden Großbanken gehörten, erzielte aus dieser fehlerhaften Bestimmung riesige Gewinne, da sie den Kurs der Goldanleihe weit über den der Devisen trieb, um den Unterschied zwischen dem Kurs am Tag des Kaufs und dem am Tag der Zahlung gültigen möglichst groß zu gestalten und so den von ihr zu zahlenden Kaufpreis möglichst zu verringern. Auch daran verdiente die Spekulation noch, daß sie mit dem Geld, das Private bei den Banken zum Zweck des Kaufs

von Goldanleihe einzahlten, Spekulationsgeschäfte in Effekten usw. machte und dadurch direkt und indirekt die Devisenkurse auf eine Höhe trieb, die ein Mehrfaches der amtlichen Devisenkurse bald überschritt. Gering gerechnet hat die „Spekulation“ an diesem „Geschäft“ einen Betrag von mindestens 3. bis 400 Millionen Goldmark glatt verdient; leider hat man nichts davon gehört, daß die Regierung diese Beträge „erhaschen“ will. Besonders bemerkenswert an diesem Treiben ist der Umstand, daß es gerade von den Kreisen ausging, die in Angriffen auf die Wirtschaft, die angeblich Marklabotage betriebe, sich nicht genug tun können. Auf diese Weise kam es, daß der innere Wert der Papiermark innerhalb weniger Tage auf einen geringfügigen Bruchteil gesunken ist und daß auch die sogenannten wertbeständigen Zahlungsmittel schon vor ihrer eigentlichen Einführung in den Verkehr der Gefahr einer Unterbewertung zum Opfer zu fallen drohen, ein Umstand, der alle Pläne auf dauernde Währungsreformierung von vornherein undurchführbar machen würde. Die nächste Folge dieser Währungsabotage ist nunmehr der völlige Zusammenbruch des künstlich befestigten Preis- und Lohngebäudes. Wir werden schon in diesen Tagen ein Herauschnellen aller Preise in einem bisher ungelauteten Ausmaß erleben. Dann wird die Kaufkraft der großen Massen eine völlige Lähmung erfahren, da die Lohnabschlüsse auch bei dem weitestgehenden Entgegenkommen den Preissturz einfach nicht mitmachen können. Daran ergibt sich Vermehrung der Arbeitslosigkeit und eine weitere Einschränkung in der Lebenshaltung, die unbedingt

